

Stand: 19.05.2024 13:55:55

Vorgangsmappe für die Drucksache 16/17119

"Forschungs- und Entwicklungsausgaben der bayerischen Unternehmen - Forschung in Freiheit und Verantwortung (3)"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 16/17119 vom 12.06.2013
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 16/17723 des HO vom 03.07.2013
3. Beschluss des Plenums 16/17969 vom 16.07.2013
4. Plenarprotokoll Nr. 131 vom 16.07.2013

Antrag

der Abgeordneten **Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote, Dr. Sepp Dürr, Reiner Erben, Anne Franke, Thomas Gehring, Eike Hallitzky, Ludwig Hartmann, Christine Kamm, Thomas Mütze, Theresa Schopper, Christine Stahl, Claudia Stamm, Susanna Tausendfreund, Simone Tolle** und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Forschungs- und Entwicklungsausgaben der bayerischen Unternehmen Forschung in Freiheit und Verantwortung (3)

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, zu berichten, wie sich die Ausgaben für Forschung und Entwicklung der bayerischen Wirtschaft in den letzten zehn Jahren entwickelt haben.

Dabei ist insbesondere darzulegen, welche Gründe, Umstände oder Anreize dazu führen, dass private Unternehmen in Baden-Württemberg deutlich mehr in Forschung und Entwicklung investieren als in Bayern, und mit welchen Maßnahmen die Staatsregierung sicherstellen will, dass die staatliche Forschungsförderung künftig mehr Anreize für Investitionen der bayerischen Wirtschaft in eigene Forschungs- und Entwicklungsvorhaben schafft.

Begründung:

Baden-Württemberg gibt deutlich mehr für Forschung und Entwicklung aus als Bayern. 2007 war das Land die Region Europas mit den höchsten F&E-Investitionen. Daran ist vor allem auch die gewerbliche Wirtschaft beteiligt – ihre Investitionen in F&E sind deutlich höher als in Bayern.

Nach jüngsten Angaben des Statistischen Bundesamtes betrug der Anteil der Gesamtausgaben 2010 für Forschung und Entwicklung in Baden-Württemberg 4,74 Prozent des Bruttoinlandproduktes – der Anteil der Wirtschaft dabei lag bei 3,75 Prozent. In Bayern lagen die F&E-Ausgaben im selben Jahr bei 3,15 Prozent des BIP, der Anteil der Wirtschaft bei 2,41 Prozent. In Baden-Württemberg gab die Wirtschaft danach 13.470 Mio. Euro von insgesamt 17.039 Mio. Euro für F&E-Vorhaben aus, in Bayern lag der Investitionsanteil der Wirtschaft bei 10.423 Mio. Euro von 13.608 Mio. Euro F&E-Gesamtausgaben. Auch die Beschäftigtenzahlen in den F&E-Abteilungen der Unternehmen in Baden-Württemberg liegen mit 89.838 Vollzeitbeschäftigten höher als in Bayern mit 76.586 Vollzeitbeschäftigten.

Angesichts dieser Zahlen liegt der Schluss nahe, dass die bayerische Forschungspolitik, die in erster Linie Wirtschaftsförderung betreibt, nicht aufgeht. Im Vergleich mit Baden-Württemberg erbringt sie eher durchschnittliche Werte. Künftige Forschungspolitik sollte deshalb vermeiden, Anreize zu bieten, Forschungsabteilungen von den Firmen in die Hochschulen zu verlagern.

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Hochschule, Forschung und Kultur

**Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge,
Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**
Drs. 16/17119

**Forschungs- und Entwicklungsausgaben der bayerischen Unternehmen
Forschung in Freiheit und Verantwortung (3)**

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung

Berichterstatter: **Dr. Sepp Dürr**
Mitberichterstatterin: **Julika Sandt**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Hochschule, Forschung und Kultur federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 87. Sitzung am 3. Juli 2013 beraten und einstimmig Zustimmung empfohlen.

Oliver Jörg
Vorsitzender

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote, Dr. Sepp Dürr, Reiner Erben, Anne Franke, Thomas Gehring, Eike Hallitzky, Ludwig Hartmann, Christine Kamm, Thomas Mütze, Theresa Schopper, Christine Stahl, Claudia Stamm, Susanna Tausendfreund, Simone Tolle** und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Drs. 16/17119, 16/17723

Forschungs- und Entwicklungsausgaben der bayerischen Unternehmen Forschung in Freiheit und Verantwortung (3)

Die Staatsregierung wird aufgefordert, zu berichten, wie sich die Ausgaben für Forschung und Entwicklung der bayerischen Wirtschaft in den letzten zehn Jahren entwickelt haben.

Dabei ist insbesondere darzulegen, welche Gründe, Umstände oder Anreize dazu führen, dass private Unternehmen in Baden-Württemberg deutlich mehr in Forschung und Entwicklung investieren als in Bayern, und mit welchen Maßnahmen die Staatsregierung sicherstellen will, dass die staatliche Forschungsförderung künftig mehr Anreize für Investitionen der bayerischen Wirtschaft in eigene Forschungs- und Entwicklungsvorhaben schafft.

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Ich rufe Tagesordnungspunkt 2 auf:

Abstimmung

über eine Verfassungsstreitigkeit und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. a. Anlage 1)

Ausgenommen von der Abstimmung sind die Listennummern 161, 162 und 218, die einzeln beraten werden sollen. Die Listennummer 161 soll zusammen mit Tagesordnungspunkt 29, die Listennummer 162 zusammen mit den Tagesordnungspunkten 12 bis 16 einzeln beraten werden. Über die Listennummern 220, 229 und 240 muss einzeln abgestimmt werden. Die Einzelabstimmung über die Listennummer 240 soll in namentlicher Form erfolgen.

Zunächst lasse ich über die Listennummer 220 abstimmen. Das ist der Antrag der Abgeordneten Rinderspacher, Aures, Halbleib und anderer und Fraktion (SPD) betreffend "Einrichtung des Studiengangs ‚Bachelor of Laws‘ am Standort Hof der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung und Rechtspflege in Bayern (BayFHVR)", Drucksache 16/17552. Der federführende Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes empfiehlt auf Drucksache 16/17734 die Ablehnung. Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion der SPD. Gegenstimmen? – Das sind die Fraktionen der CSU, der FDP, der FREIEN WÄHLER und der GRÜNEN. Stimmenthaltungen? – Zwei. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über die Listennummer 229. Das ist der Antrag der Abgeordneten Heckner, Jörg, König und anderer (CSU) betreffend "Bachelor of Laws am Fachbereich Allgemeine Innere Verwaltung der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung und Rechtspflege (BayFHVR) in Hof", Drucksache 16/17686. Der federführende Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes empfiehlt auf Drucksache 16/17735 die unveränderte Annahme. Wer dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der FDP, der FREI-

EN WÄHLER und der GRÜNEN. Gegenstimmen? – Das ist die Fraktion der SPD. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist dem Antrag zugestimmt worden.

Nun lasse ich über die Listennummer 240 abstimmen. Das ist der Antrag der Abgeordneten Aiwanger, Streibl, Muthmann und anderer und Fraktion (FREIE WÄHLER) betreffend "Kreisel für Waldkirchen, Kreisverkehr an der St 2131 und St 2632 in Waldkirchen endlich realisieren", Drucksache 16/16540. Darüber lasse ich in namentlicher Form abstimmen.

(Unruhe)

Ich bitte um Ruhe, damit ich Ihnen vortragen kann, worüber Sie abstimmen sollen. Während der federführende Ausschuss für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie vorschlägt, den Antrag abzulehnen, empfiehlt der mitberatende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen Zustimmung in einer Neufassung. Ich verweise insofern auf die Drucksache 16/17639. Der namentlichen Abstimmung ist nach § 126 Absatz 3 der Geschäftsordnung das abweichende Votum des Haushaltsausschusses zugrunde zu legen. Die Urnen sind bereitgestellt, mit der Abstimmung kann begonnen werden. Es stehen Ihnen fünf Minuten zur Verfügung.

(Namentliche Abstimmung von 14.30 bis 14.35 Uhr)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Zeit ist abgelaufen, der Abstimmungsvorgang ist geschlossen. Das Abstimmungsergebnis wird außerhalb des Plenarsaals ermittelt und Ihnen dann bekannt gegeben.

(Allgemeine Unruhe)

Wir werden heute Abend noch genügend Gelegenheit zum Austausch haben. Bitte setzen Sie sich. Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen zu den übrigen Listennummern verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 1 - Allgemeine Unruhe)

Ich bitte wieder um Aufmerksamkeit, Sie müssen wieder die Hände heben. Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens beziehungsweise dem jeweiligen Abstimmungsverhalten seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke. Gibt es Gegenstimmen? – Ich sehe keine. Enthaltungen? – Sehe ich auch nicht. Frau Pauli (fraktionslos) ist wohl nicht da. Dann übernimmt der Landtag diese Voten.

(...)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Bevor wir in der Tagesordnung fortfahren und zu Tagesordnungspunkt 4 kommen, gebe ich das Ergebnis der vorher durchgeführten namentlichen Abstimmung zum Antrag auf Drucksache 16/16540 bekannt. Es ist der Antrag der FREIEN WÄHLER betreffend "Kreisel für Waldkirchen, Kreisverkehr an der St 2131 und St 2632 in Waldkirchen endlich realisieren". Wenn Sie sich erinnern, ist das die Listennummer 240 der Anlage zur Tagesordnung. Mit Ja haben 72 Mitglieder des Hohen Hauses gestimmt, mit Nein 87. Es gab 4 Stimmenthaltungen. Der Antrag ist damit abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

